Nr. 543 ◆ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 134

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,70 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 Mk. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 12.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 80 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190–15197.

Mittwoch, den 3. November 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53–54.

Präsident Harding.

Paris, 3. November. (Havas.) Senator **Harding** ist zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden.

Amsterdam, 3. November. (WTB.) „Telegraaf" meldet: In den **östlichen** Staaten ist die Mehrheit Hardings sehr groß. In Boston, wo gewöhnlich demokratisch gewählt wird, hat Harding die Mehrheit. Im Staate New York schätzt man die republikanische Mehrheit auf mindestens 1 000 000 Stimmen, in Pensylvanien auf 800 000 und in Massachusetts auf 200 000 Stimmen. In Bridgeport in Connecticut hat sich die Mehrheit für die Republikaner, die im Jahre 1916 1000 betrug, auf 10 000 erhöht. Kentucky und Tenessee blieben in der Hand der Demokraten. Hardings Mehrheit beläuft sich in Massachusetts auf 68, in Connecticut auf 16 126, in Illinois auf 572, in Ohio auf 29, in Vermont auf 3676, in Maine auf 1332, in New York auf 501, in drei weiteren Staaten zusammen auf 27 630. In 328 Wahlbezirken hat Harding die Mehrheit, in 54 Bezirken ist das Ergebnis zweifelhaft. Die mittelamerikanischen Staaten haben zumeist eine starke Mehrheit für Harding. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich groß, der Wahltag ist bis auf geringe Zwischenfälle ruhig verlaufen. Nur im **Süden** und in den mittleren Weststaaten hat der Demokrat **Cox** eine geringe Mehrheit. Die Stimmen der amerikanischen **Wählerinnen** sind fast ausnahmslos auf Harding gefallen, da sie mit der Völkerbundpolitik nicht einverstanden sind. Ein bekannter Demokrat, Harvey **Bausher**, wurde in New York verhaftet, aber gegen Kaution freigegeben, weil er die Behauptung aufgestellt hatte, Harding habe in seiner Familie **Neger**blut. (Was im freien Amerika die schlimmste Beschuldigung ist. Die Red.)

Harding ist der Sohn eines Dorfarztes. Sein Vater ist schottischer, seine Mutter holländisch-amerikanischer Abstammung. Harding ist 54 Jahre alt. Er studierte in Iberia und mußte sich das Geld für sein Studium selbst verdienen. 1891 heiratete er Florence King, die einer **deutschen** Familie entstammt. Harding ist **Journalist** von Beruf und war Zeitungsherausgeber und Eigentümer des „Star". Gegenwärtig ist er **Bankdirektor** und Aufsichtsrat einer Reihe von Fabriken. Er war Gouverneur von Ohio und wurde 1912 mit einer Mehrheit von 100 000 Stimmen in den Senat gewählt, wo er dem Ausschuß für **Auswärtige Angelegenheiten** angehörte. Nach seiner Aufstellung als Präsidentschaftskandidat stellte er als sein persönliches Programm dar, daß unter allen Umständen die Interessen der Vereinigten Staaten an **erster** Stelle kämen, daß sich ferner die Vereinigten Staaten nicht in die Angelegenheiten des Auslandes zu mischen hätten. Die **französische** Presse äußerte sich bei der Aufstellung Hardings zum Präsidentschaftskandidaten sehr **erfreut** und versicherte mit Genugtuung, Harding sei ein persönlicher Freund des amerikanischen Botschafters in Paris, Herrick, gewesen, der sich immer bemüht habe, die Unterstützung Amerikas für **Frankreich** zu erhalten.

Als Gegner Wilsons ist Harding kein Freund des Völkerbundes in seiner heutigen Form und wünscht seine Umgestaltung unter Mitwirkung Amerikas, dessen Präsident dieses Gebilde doch geschaffen hat. Ueber Hardings Stellung zum Versailler Diktat und zur Zugrunderichtung Mitteleuropas ist uns noch nichts bekannt; man wird seine erste Botschaft abzuwarten haben.

Wahlniederlage der Labour Party?

London, 3. November. (TU.) Bei den Gemeindewahlen in England sind die meisten Kandidaten der englischen Arbeiterpartei **besiegt** worden. In zahlreichen größeren Städten wurde kein einziger Kandidat der Arbeiterpartei gewählt. In 18 Wahlkreisen wurden von 202 Kandidaten der Arbeiterpartei nur 20 gewählt.

Wenn sich diese Nachricht bestätigt, würden wir sie als äußerst schmerzlich empfinden, uns aber damit trösten, daß das Wirken der bürgerlichen Mehrheiten bis zu den **Parlamentswahlen** die Aussichten der Arbeiterpartei schon wieder bessern wird.

Die Streikabstimmung.

Amsterdam, 3. November. (WTB.) Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge zeigen die bis gestern mittag bekanntgewordenen Ergebnisse der **Abstimmung** der englischen Bergarbeiter eine **Mehrheit** von zwei zu eins für die **Annahme** des Abkommens mit der Regierung. — Bis 11 Uhr abends wurden in **Südwales** 42 252 Stimmen für und 76 895 **gegen** das Abkommen abgegeben.

Paris, 3. November. (WTB.) Der **Nationalrat** der Bergarbeiter teilt mit: Der Nationalrat gibt bekannt, daß er **vor dem 14. November** noch **keine** entscheidenden Schritte unternehmen wird. Dann aber wird er für die entstehenden Schwierigkeiten keine Verantwortung mehr übernehmen, und vom 15. November ab würden dann **alle** untertags arbeitenden Bergarbeiter die Arbeit **einstellen**.

Die Internationale im Ruhrgebiet.

Bochum, 3. November. (Frkft. Ztg.) Die **internationale Gewerkschaftskommission** zum Studium der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriebezirk traf gestern, von Essen kommend, hier ein und hatte im Verbandsbureau des alten **Bergarbeiterverbandes** eine Aussprache mit dem Vorstand. Die Kommission besteht aus **Jouhaux**-Frankreich, **Mertens**-Belgien, **Fimmen**-Holland und dem Generalsekretär des französischen Metallarbeiterverbandes **Merrheim**. Es soll eine möglichst **tiefgehende Information** über die Verhältnisse im Industriegebiet vorgenommen werden, da das Ergebnis die Stellungnahme des internationalen Gewerkschaftsbundes zu einem **Foch-Einmarsch** bestimmen wird.

Begrüßungsworte.

Die „Essener Arbeiter-Zeitung" schreibt zur Begrüßung der Kommission u. a.:

„Unser Volk arbeitet — aber es arbeitet **mit Ketten am Bein**! Wir erkennen die Verpflichtung an, den durch unsere früheren Herrschenden Geschädigten **Ersatz** zu leisten, aber man muß unser Volk dabei **leben** lassen! Wir, die wir auf der Kohle sitzen, haben nicht genug Kohle für zahllose Betriebe, die still stehen müssen. Unser Volk ist arm und krank. Die beste Arznei: Einigkeit des Proletariats, hat es noch nicht erkannt. Unser Volk braucht Ruhe, um gesund zu werden. Die innere Ruhe schaffen wir uns am besten, wenn uns nicht ausländische Imperialisten an Händen und Füßen binden. Die Hoffnung auf die **internationale Solidarität** der Arbeiterklasse lebt in den Herzen von Millionen deutscher Proletarier. Appelliert mit uns an das internationale Proletariat, unserem armen Volke **Licht und Luft und Raum zu notdürftigem Leben** zu schaffen!

Der geschlagene Wrangel.

Helsingfors, 3. November. (O. E.) Die Petersburger „Rote Zeitung" schreibt, daß Wrangel durch den Verlust von Alexandrowsk die Eisenbahnlinie verloren habe, die die Verbindung zwischen den einzelnen Teilen seiner Front aufrechterhielt. Wrangel bereite eine Landung bei **Taganrog** an der kaukasischen Küste vor. Seine Flotte ist durch drei im Asowschen Meer eingetroffene französische Torpedoboote verstärkt worden.

Wrangel hat die erste **Getreidesendung an Frankreich** abgeliefert und bereitet in der Krim und im Gouvernement Jekaterinoslaw 120 Millionen Pud Getreide (etwa 2 Millionen Tonnen) zu einer neuen Sendung ins Ausland vor.

Laut „Figaro" hat die Regierung **Italiens** Wrangel mitgeteilt, daß sie **politische** Beziehungen mit ihm nicht anknüpfen könne, jedoch gerne Vorschläge für einen kommerziellen Anschluß annehmen würde und dazu eine Spezialmission entsandt habe. — Zum Vertreter der Sowjetregierung in Italien ist an Stelle des schwer erkrankten Worowski **Bersin** ernannt. Er ist Lette von Geburt, war u. a. Mitglied der ukrainischen Sowjetregierung Rakowskis in Kiew und gehörte der Sowjetdelegation an, die die Friedensverhandlungen mit Finnland in Dorpat führte. Von der ursprünglichen Absicht, **Litwinow** nach Rom zu entsenden, hat die Sowjetregierung infolge Einspruchs der italienischen Regierung Abstand nehmen müssen.

Kopenhagen, 3. November. (WTB.) „Berlingske Tidende" wird aus **Kowno** telegraphiert: Die Moskauer Zeitungen enthalten eine **offizielle** Mitteilung, daß die Sowjetregierung großen Vorbereitungen zu einer **konterrevolutionären, terroristischen Aktion** auf die Spur gekommen sei. Die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln das Sowjetsystem zu verteidigen und fordere alle Kommunisten auf, auf dem Posten zu sein. Die Massenverhaftungen in Moskau würden fortgesetzt. Sämtliche Mitglieder des **General- und Marinestabes** wurden verhaftet, in Orenburg 3000 zaristische Offiziere interniert. Da mehrere Regimenter in **Smolensk** zu **meutern** begannen, wurden alle aus Smolensk in Moskau eingetroffenen Truppen **entwaffnet**. **Trotzki** hat nach der „Prawda" in einer Versammlung in Petersburg erklärt: „Mir ist bewußt, daß Hungersnot bevorsteht, und ich bin ebenfalls vertraut mit den **Gefahren**, die die Winterkälte mit sich bringt. Die Bourgeoisie der ganzen Welt bereitet sich auf den Sieg vor, wir wollen aber beweisen, daß sie sich **irrt**. Wir müssen siegen und unsere Feinde vernichten. Selbst wenn auch **drei Viertel** der russischen Bevölkerung an Hunger und Kälte sterben sollte, werden die Ueberlebenden weiter leben zur Verherrlichung des Sieges der Weltrevolution."

Eine entsetzliche Perspektive! Die Todgeweihten Trotzkis würden vermutlich einen Ausgleich vorziehen, der ihnen zwar die zweifelhafte Weltrevolution vorenthält, aber das liebe Leben läßt!

Moskau, 3. November (WTB.) Gegen die Wegnahme des italienischen Dampfers „Ancona" mit für Rußland bestimmten Waren hat **Tschitscherin** einen lebhaften **Protest** an **England** gerichtet. Da über die Küste des Schwarzen Meeres **keine Blockade** erklärt sei, entbehre die Wegnahme der gesetzlichen Grundlage.

Die Gemeindewahlen in Italien.

Mailand, 2. November. (TU.) In einigen bedeutenden Städten Italiens fanden gestern die Gemeindewahlen statt. In **Como** errangen die **Sozialisten** den Sieg. Der dortige Gemeinderat besteht aus 32 Sozialisten und 5 Demokraten. Auch der Provinzialrat der Provinz Como besteht zur Mehrheit aus Sozialisten.

Auch in Bologna trugen die Sozialisten einen glatten Sieg davon, indem auf ihre Liste 18 185 Stimmen entfielen, während die Liberal-Demokraten nur 8706 und die Katholische Volkspartei nur 5028 Stimmen erzielten. In **Spezia** fiel der Sieg den **Liberalen** zu.

Reichsland Preußen.

Von **Gustav Radbruch**.

Die Erörterungen über die Gewährung bundesstaatlicher Autonomie für Oberschlesien haben die Fragen der Zertrümmerung Preußens und der Verwirklichung des **deutschen Einheitsstaates** von neuem in Fluß gebracht. Man erblickt in dem Ausscheiden Oberschlesiens aus dem Verbande des Staates Preußen den Auftakt zu jener Auflösung Preußens in eine Reihe neuer Bundesstaaten, die nach Artikel 18 der Reichsverfassung durch Abstimmung der Bevölkerung der zu verselbständigenden Gebiete und durch entsprechendes Reichsgesetz herbeigeführt werden und nach Artikel 167 im August 1921 ihren Anfang nehmen kann. Und man erwägt, ob der Schöpfer der Reichsverfassung, Hugo Preuß, wirklich Recht hatte, wenn er in dieser **Auflösung Preußens** einen Weg sah zur Verwandlung Deutschlands in einen Einheitsstaat.

Unsere Genossen in der preußischen Regierung und in der Preußischen Landesversammlung hegen daran ernstliche Zweifel. Sie widersetzen sich der Aufteilung Preußens nicht etwa aus preußischem Partikularismus, sondern gerade von ihrem wiederholt und nachdrücklich bekundeten unitarischen Standpunkt aus. Die neuen preußischen Teilstaaten, so meinen sie, würden der Vereinheitlichungstendenz nicht geringeren, vielmehr ungleich stärkeren Widerstand entgegensetzen als der preußische Gesamtstaat. Einen gesamtpreußischen Partikularismus gibt es nur in dem Kreise derer, die ehemals den preußischen Thron umgaben; der Partikularismus eines verselbständigten Schleswig-Holsteins, Hannovers, Ostpreußens und gar derjenige der beiden Zentrumsrepubliken Oberschlesien und Rheinland, die zudem noch die wirtschaftlich stärksten Länder Deutschlands wären, würden fast unüberwindliche Gegner des Einheitsstaates sein. Und weiter: glaubt man, daß **Bayern**, befreit von dem Uebergewicht des Großstaates Preußen und nur noch inmitten deutscher Mittel- und Kleinstaaten als der mächtigste unter ihnen, dadurch dem Einheitsstaat geneigter würde?

Die preußischen Genossen haben mich mit ihren Bedenken gegen die Auflösung Preußens voll überzeugt. Weniger mit ihrer Ansicht über den Weg zum deutschen Einheitsstaat. Will Preußen erst mit allen anderen Staaten zusammen im Reiche aufgehen, dann wird, glaube ich, die Stunde des Einheitsstaates niemals kommen. Nein, Preußen muß als erstes unter den Ländern in Deutschland aufgehen, Preußen muß den anderen Ländern vorangehen, **Preußen muß das Beispiel geben**. Nicht mit einem Schlage, durch gleichzeitigen Verzicht aller Länder auf ihre Staatshoheit, sondern durch den Verzicht zunächst Preußens auf seine besondere Staatshoheit zugunsten des Reichs und durch die Anziehungskraft, die dann das **Reichsland Preußen** auf die anderen Länder ausüben wird, durch den allmählichen Anschluß eines Landes um das andere an dieses Reichsland wird der deutsche Einheitsstaat entstehen.

Wie würde die Verfassung eines solchen Reichslandes Preußen aussehen? Die Reichsregierung würde zugleich preußische Regierung sein, aber nicht nach der Art der preußischen Hegemonie im kaiserlichen Deutschland, bei der das Parlament des Dreiklassenwahlrechts den von seiner Mehrheit gestützten Ministerpräsidenten zugleich dem Reiche mit seiner ganz anders zusammengesetzten Volksvertretung als Reichskanzler aufzwang, vielmehr gerade umgekehrt in dem Sinne, daß die vom Vertrauen des Reichstags getragene Regierung zugleich Preußen regiert. Diese Verschmelzung würde einen schweren Mangel des heutigen Regierungssystems heilen. Auf vielen Gebieten hat das Reich nun die Gesetze zu geben, den Ländern aber ihre Ausführung zu überlassen. Ich meine, man merkt es manchem Gesetze an, daß, wer es erließ, den Nöten und Erfahrungen dessen, der es auszuführen hat, allzu fern steht, und manchem Verwaltungsakt, daß er anderem Geiste entsprechen sollte. Ein Gesetzgeber ohne Verwaltungsbefugnisse ist ein Raffael ohne Arme, ohnmächtig und unverantwortlich. Im Reichsland Preußen dagegen würde dem Reichsgesetzgeber selber auch die Ausführung seiner Gesetze zustehen.

Auch das Nebeneinander einer deutschen und einer preußischen Volksvertretung mit übereinstimmendem Wahlrecht beginnt schon seine unliebsamen Wirkungen zu zeigen. Jede Neuwahl des einen dieser Parlamente, deren Ergebnis der Zusammensetzung des anderen nicht entspricht, kennzeichnet dieses andere als überaltert, als nicht mehr der Stimmung des Volkes entsprechend und ruft so die schwer abweisbare Forderung vorzeitiger Neuwahlen hervor. Eine Wahl treibt die andere, die Beunruhigung durch den Wahlkampf wird zum Dauerzustand. Dagegen würde ein Reichsland Preußen keine besondere Volksvertretung haben; die preußischen Landesgesetze würden durch den „**Kleinen Reichstag**", d. h. allein durch die preußischen Reichstagsabgeordneten, beschlossen werden. Dieser Kleine Reichstag würde parteipolitisch im wesentlichen ebenso zusammengesetzt sein wie der Gesamtreichstag, die Reichsregierung, die vom Vertrauen des großen Reichstages getragen ist, also in aller Regel das Vertrauen des Kleinen Reichstages genießen, zumal wenn schon bei ihrer

Bildung die preußischen Abgeordneten auch die preußischen Interessen zur Geltung gebracht haben.

Neben dem Kleinen Reichstag würde an der preußischen Landesgesetzgebung nach dem Vorbilde der Bestimmungen über die Reichsgesetzgebung auch ein „Kleiner Reichsrat" beteiligt sein, zusammengesetzt aus den preußischen Mitgliedern des Reichsrats, die zum Teil von den preußischen Provinzialverwaltungen, zum anderen Teil auf Vorschlag der Reichsregierung vom Kleinen Reichstag zu bestimmen wären.

Stärkste provinzielle Autonomie innerhalb des Reichslandes ist Selbstverständlichkeit.

Diese Vorschläge gehören im **Kerne nicht mir, sondern** einem führenden Mitgliede der Reichstagsfraktion. Sie werden bei der demnächst stattfindenden gemeinsamen Aussprache unserer Fraktionen in Reichstag und Landesversammlung gründlich erwogen werden müssen.

Die gemütlichen Kommunisten.

Der Parteitag des K. P. D., der augenblicklich in Berlin tagt, übt auf das Bürgertum einen stark beruhigenden Einfluß aus. Die Stimmungsbildner bürgerlicher Blätter sind baß erstaunt über die biedere Gemütlichkeit, mit der die angeblich so gefährlichen Revolutionäre dort verhandeln. So notiert Erich Dombrowski im „Berl. Tageblatt":

Es geht gesittet und ruhig zu wie einst in einer freisinnigen Bezirksversammlung der Luisenstadt, wenn Herr Otto Wiemer als große Kanone des Parteivorstandes an das Rednerpult geführt wurde.

Aehnlich liest man im „Berl. Lokalanzeiger":

Die Stimmung kann nicht gut ruhiger und gemäßigter sein; wenn unsere biederen braven Handwerker hier versammelt wären, der sonnendurchflutete Festsaal würde kaum ein wesentlich verschiedeneres Bild darbieten.

Die „Freiheit" aber glaubt den Grund dieser auffälligen Bescheidenheit zu kennen, sie schreibt nicht minder spöttisch:

Eigentümlich ist die Zurückhaltung der Kommunisten hinsichtlich der Mitglieder- und Kassenverhältnisse. Man hat darüber in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Warum diese Vorsicht? Man ist doch eine legale Partei geworden. **Sind etwa die Mitgliederziffern so blamabel, daß man lieber die Veröffentlichung hinausschieben will, bis die neukommunistischen Schäfchen eingebracht** sind?

*

Das Bürgertum hat denn auch längst erkannt, daß die K. P. D. eine Gefahr nicht für die bürgerliche Gesellschaft, sondern nur für die Arbeiterbewegung darstellt. Daher auch seine veränderte Einstellung ihr gegenüber!

Auflösung und kein Ende.

Die trübe Stimmung des gestrigen Parteitages der K. P. D. umdüstert sich heute noch mehr. Der Vorsitzende Pieck eröffnet die Sitzung und bedauert, daß zu Beginn der Verhandlungen nur so wenig Delegierte erschienen sind. Es gelangt ein Antrag König zur Verlesung, der vor einer Angliederung der K. A. P. D. an die Kommunistische Partei warnt, da die erstgenannte Partei sich

in einem Zustand der Zersetzung

befinde und so der Sache des Kommunismus schaden könne.

In der Diskussion, die sich an den gestrigen Vortrag Meyers über den Kongreß der Dritten Internationale anschließt, berichtet Frl. Rosa Wolfstein über die Frauenkonferenz der Dritten Internationale. Sehr ausführlich beschäftigt sich die Rednerin mit der Frauenbewegung in Rußland und schildert die sozialen Einrichtungen für Kinder und Mütter.

Die ungarländische Kommunistenpartei überreichte dem Kongreß einen Aufruf, der von den deutschen Kommunisten ein stärkeres Eintreten für die ungarischen und russischen Genossen fordert, die von der Konterrevolution aufs schwerste bedroht seien. In dem Appell wird besonders der weiße Terror in Ungarn verurteilt, ohne daß die zustimmenden Kommunisten den Widerspruch empfinden, der darin liegt, den Terror das eine Mal mit moralischen Gründen zu verteidigen und ihn das andere Mal abzulehnen.

Heftig wird gegen die abtrünnige K. A. P. D. polemisiert. — König-Essen begründet einen Antrag des Bezirks Rheinland, der die Ablehnung eines eventuellen Antrages der K. A. P. D. auf Aufnahme in die Dritte Internationale als sympathisierendes Mitglied verlangt. Im Rheinlande betätige sich die K. A. P. D. wohl durch das Sprechen revolutionärer Phrasen in Versammlungen, sie versage aber bei der praktischen Arbeit. Diese Partei werde in der nächsten Zeit erledigt sein, sie bestehe jetzt nur noch aus 20 000 Mitgliedern, in denen alle möglichen Elemente,

Stänker und Nörgler vereinigt

seien.

Wenn aber die Linksunabhängigen glauben, durch ihren Kotau vor Moskau aller Kritik enthoben zu sein, so irren sie sich. Heftig wendet sich König gegen den Linksunabhängigen Braß, der es gewagt habe, im Rheinland den Moskauer Thesen entgegenzuarbeiten.

Müller-Sachsen kritisiert

die theoretischen Unklarheiten der K. A. P. D.

und macht Vorschläge, ihre Mitglieder in die Reihen der K. P. D. hinüberzuziehen. Hierauf spricht Hothmer als Vertreter der K. P. Amerikas, gleichfalls rein polemisch gegen die Industrial World Workers, deren Aufnahme in die Dritte Internationale er als „Anschluß eines kranken Körpers" bezeichnet. Meyer wendet sich gegen den Antrag König betreffs Ausschließung der K. A. P. D., erklärt aber, daß sich in dieser Partei starke antibolschewistische Strömungen (!!) bemerkbar machen. Der Antrag auf vorläufige Ausschließung wird mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Parteitag nimmt dann eine Sympathieerklärung für die ungarische Arbeiterschaft an.

*

Der Spaltungsbazillus in den linksradikalen Parteien erbt sich wie eine ewige Krankheit fort. Wer den kommunistischen Parteitag unbefangen verfolgt, wird von der trübseligen Stimmung einen höchst niederschmetternden Eindruck gewinnen. Der Zersetzungsprozeß, den eine linksradikale Partei an der anderen feststellen zu können glaubt, gärt in Wirklichkeit in ihnen allen, und der Zerfall, in dem sich diese Bewegungen befinden, geht mit der ehernen Notwendigkeit eines Schicksals vor sich. Schon heute sieht sich die K. P. D. gezwungen, sich gegen die radikalen Phrasen zu wenden, genau wie die Sozialdemokratische Partei sich einst gegen die Radikalphrasen der Unabhängigen erklärte. Bald wird der Zeitpunkt kommen, da die K. A. P. D. sich gegen neue Linksparteien zu verteidigen haben wird. Schuld und Sühne liegen in der Weltgeschichte mitunter nahe beieinander. Die Arbeiterschaft aber hat die Kosten zu tragen.

Münchener Skandale.

Unserem bayerischen Parteiblatt, der „Münchener Post", ist das nachstehende polizeiliche Formular zugeflogen:

I. Im Abonnentenverzeichnis des „Kampf" ist vorgetragen

II. Zum . . . Bezirk zur genauen Erhebung der Personalien de . . . . Abteilung . . . .

Der „Kampf" ist Organ der rechten U. S. P. D.

Woher hat nun die Polizei das Abonnentenverzeichnis des „Kampfes"? Da diese Zeitung nicht durch Trägerinnen ausgetragen, sondern durch die Post zugestellt wird besitzt nur das Zeitungspostamt ein Abonnentenverzeichnis. Die Polizei kann also nur durch eine Verletzung des Amtsgeheimnisses oder Diebstahl in seinen Besitz gelangt sein.

Die wichtigste Seite des Falles konzentriert sich aber in die Frage: was beabsichtigt man mit dem auf diese Weise gewonnenen Material? Ist es nicht ein ganz unerhörter Skandal, wenn Staatsbürger nach ihrer politischen Gesinnung registriert werden? Was verfolgt man damit für Zwecke? Nie war die Zahl der Polizeiorgane größer und noch nie war es um die Sicherheitsverhältnisse in München erbärmlicher bestellt als jetzt. Seit der Episode der „Räterepublik" ist in München die Reaktion obenauf.

Auf hohem Roß.

Zu dem Verbot der Orgesch für Preußen machte ein führendes Mitglied der Orgesch einem Mitarbeiter des „Lokalanzeigers" folgende Ausführungen:

Der Erlaß des preußischen Innenministers Severing ist als reine Parteimache anzusprechen. Der Minister kann sich auf kein Tatsachenmaterial stützen, weil es solches einfach nicht gibt. (!) Hätte er solches Material, würde er es sicher längst veröffentlicht haben. Die Behauptung der Gefahr eines Rechtsputsches durch die Orgesch ist einfach aus der Luft gegriffen, dagegen liegen recht bedenkliche Nachrichten darüber vor, daß die Linksputschisten für solche Absichten gut organisiert sind. Die Orgesch ist bekanntermaßen keine Rechtsorganisation, sondern setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen. Dies ist auch dem Minister Severing wohl bekannt. **Wir denken nicht daran, auf den rechtswidrigen Erlaß irgend etwas zu tun.** Macht Herr Severing ernst, dann werden die Gerichte zu sprechen haben.

So sieht in Wirklichkeit die „Verfassungstreue" der Orgesch-Leute aus. Ein auf die Verfassung gestützter Erlaß des Innenministers wird als Parteimache bezeichnet, und die Orgesch-Leute erklären frech und frei, daß sie nicht daran denken, sich um das Verbot zu bekümmern. Statt dessen kehren sie den Spieß um, drohen mit den Gerichten und hetzen gegen die Arbeiterschaft durch unwahrhaftige Hinweise auf einen beabsichtigten Linksputsch. Wenn überhaupt noch ein Nachweis der Gefährlichkeit der Orgesch nötig war, so ist er durch diese Ausführungen in vollem Umfange erbracht.

Der Brand als Enthüller.

Einen Beweis für die Waffenzurückhaltung auf dem Lande lieferte kurz vor Ablauf der Ablieferungsfrist ein beim Gutsbesitzer Koch in Barnewitz ausgebrochener Brand. Am 28. Oktober vormittags wurde die Dorffeuerwehr nach der Kochschen Wirtschaft alarmiert. Als sie in ihrem Eifer dem Brandherd zu Leibe gehen wollte, wehrte Koch ab mit den Worten: „**Vorsicht, hier kann es gefährlich werden.**" Unmittelbar darauf erfolgten mehrere Handgranatenexplosionen. Bei den Löscharbeiten kamen noch mehrere Maschinengewehre, Gewehre und Handgranaten zum Vorschein. Eine Kiste mit Handgranaten konnte noch vor der Explosion beiseitegeschafft werden.

Hauswirtschaftliches Dienstjahr.

Im Ausschuß für Handel und Gewerbe der Preußischen Landesversammlung stand am 28. Oktober folgender Antrag der Zentrumspartei zur Beratung:

„Die Staatsregierung zu ersuchen, alsbald die Einführung eines einjährigen, pflichtgemäßen hauswirtschaftlichen Unterrichts für alle Mädchen als Grundlage der in der deutschen Reichsverfassung vorgesehenen Fortbildungsschule anzuordnen."

Nicht allzuviele werden aus dem Antrage die Absicht herauslesen, ein hauswirtschaftliches Dienstjahr einzuführen. Begründend wurde von der Vertreterin der Zentrumspartei und der Deutschnationalen angeführt, daß gegenwärtig und für absehbare Zeit umfangreiche hauswirtschaftliche Fähigkeiten und Erfahrungen dringender notwendig seien als jemals früher. Nur wenige besitzen aber diese Fähigkeiten und können sie sich aneignen, weil die dafür vorhandenen Einrichtungen unzulänglich sind und auch nicht ausreichen. Mit theoretischem Unterricht komme man auch nicht aus. Deshalb müsse dieser durch praktische Lehre in der Hauswirtschaft, die am besten im Einzelhaushalt gegeben würde, ergänzt werden. Für jedes Mädchen müsse deshalb eine mindestens einjährige praktische Tätigkeit in einer Häuslichkeit zur Pflicht gemacht werden.

Schon bei der Beratung im Plenum der Landesversammlung im Februar d. J. wurde von der Rednerin der sozialdemokratischen Fraktion, der sich die der Unabhängigen anschloß, kein Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokraten dem Antrage nicht zustimmen können. In der Ausschußsitzung wurden die Gründe dafür noch einmal eingehend dargelegt. Sie gipfelten in der Hauptsache darin, daß der Arbeiterschaft durch das zwangsweise Herausziehen der Mädchen aus der beruflichen Lehre oder aus beruflicher Tätigkeit zur notwendigen Erwerbung des Lebensunterhalts eine schwere Schädigung erwachsen würde, ohne daß dafür ein entsprechendes Aequivalent geboten würde. Einmal seien gar nicht genügend Hausfrauen vorhanden, die in der Hauswirtschaft

Fanfare.

Von Karl Diesel.

Wahrhaftig, es war mitten in der Nacht, als mich das ferne Krähen eines Hahnes weckte.

Mein Schlaf muß kein allzu fester gewesen sein.

Ihr müßt wissen, ich wohne auf einem Bauerngute. Noch ist mir alles neu, das Leben an sich, die Einrichtungen, die vielfachen Notwendigkeiten. Und neu und unbekannt sind mir auch die Geräusche der Nacht.

Oft höre ich im Traume fürchterliches Donnern, als stürzten Amerikas Felsengebirge in sich zusammen, dann wieder vernehme ich das sanfte Zwitschern süßer, kleiner Waldvögel. Und jedesmal erwache ich darüber, sei es in Angst, sei es in Seligkeit. Und dann weiß ich die Klänge und Stimmen meiner Träume zu deuten; es ist das Gebrüll der Kühe, die gepeinigt ihrer schweren Stunde entgegensehen und in Not und Qual aufschreien, — oder es ist die Glocke vor der Tür, die, vom Winde bewegt, leise erklingt.

Zu mir aber, der ich trotz der kurzen Zeit meiner Anwesenheit auf dem Gute schon so innig mit allem verwachsen bin, zu mir eilen die noch so ungewohnten Geräusche der Dunkelheit auf den geheimnisvollen Pfaden der Sympathie, die ich für alles empfinde, was Leben, was Freiheit heißt. Und der Traum verstärkt diese Geräusche oder schwächt sie ab, er gesellt ihnen Bilder zu, die, überwältigend plastisch, mich entsetzen machen oder mir das Herz mit reinstem Glück erfüllen.

Diese Nacht nun wurde ich wieder wach, ich erwähnte es schon. So wach, daß ich aufsprang und nach der Zeit sah. Es war punkt Eins. Ich stand einen Augenblick unschlüssig, wollte mich eben wieder niederlegen — ich war ja schließlich noch müde — da krähte der Hahn wieder, zweimal, dreimal, kurz hintereinander.

Nachts um Eins! Zu einer Zeit, in der gesetzmäßig Ruhe zu herrschen hat (eine Bestimmung, die auch von der Haustierwelt im großen ganzen akzeptiert worden ist!) krähte dieser junge Kerl mit einer unzulänglichen, aber siegeshellen Stimme, krähte wieder und wieder. Und wartete in den Pausen auf Antwort.

Ich kleidete mich an und trat dann ans Fenster.

Draußen schimmerte alles silbern; der fast volle Mond ließ sein Licht über die blühenden Bäume gleiten. Aber nicht ein Fünkchen Morgenrot war im Osten zu entdecken, kein rosiger Hauch kündete das baldige Erwachen der Sonne.

Es war ja auch um diese Zeit unmöglich.

Und dennoch krähte der Hahn noch einmal, dennoch sandte er seinen Ruf in das stille, schlummernde Land, in dem alles schlief, was beim Alltagslicht so rührend geschäftig war.

Aber wieder blieb alles still, keine Antwort erfolgte.

Die vielen anderen Erwecker mögen wohl das Rufen des Einsamen gar nicht vernommen haben. Und wenn schon, — nun, ich bin kein Gedankenleser, aber sie werden, mit Verlaub zu sagen, gedacht haben: „Kräh du und der Teufel!"

*

Zwei Stunden später krähten die Hähne auf allen Höfen und Gütern der Umgegend. Ein geradezu gewaltsamer Eifer war aus den mannigfaltigen Stimmen herauszuhören, und sehr viel Pflichttreue und sehr viel Würde und sehr viel Drohen: Wir leisten alles, was notwendig ist, wir machen alles ordentlich, wir wecken zur richtigen Stunde, wir sind diejenigen, auf die ihr euch verlassen könnt, wir sind die Herren. — heda, du grüner Junge. Warum bist du denn jetzt still? Warum krähst du nicht mit, wenn alle krähen? Was soll denn das bedeuten? Bist du etwas Besonderes oder — hihihihi — hast du es fertig gebracht, neue Anzeichen zu entdecken, die dir's ermöglichen, das Wetter eher und richtiger anzukünden? Bist du Kammerdiener bei der Sonne geworden, daß du so genau wissen willst, wann sie sich zum Aufstehen rüstet? Oder hast du vielleicht bessere Verbindungen als wir, wir, die Alten, die Getreuen, die ihr bis in den Tod Ergebenen?! . . . . .

Ich bitte euch: was kann ein junger Hahn auf solch vielseitiges Geschrei erwidern? Noch dazu, wenn sich das höhnischdrohende Bellen der Hofhunde hinzugesellt!

*

Er war, wie gesagt, nur ein junger Hahn.

*

Ich bin auf die kommende Nacht gespannt.

Wird er wieder zur ungewohnten Stunde krähen? Wird er Kameraden finden?

Die Reform des naturkundlichen Unterrichts verlangt Eugenie Liebich in einer Broschüre, die im Verlag „Neues Vaterland" erschienen ist (2 Mark). Sie hat zutreffend erkannt, wie verheerend die Uebertragung des Prinzips vom Kampfe ums Dasein aus dem Erkenntnismäßigen ins Lebenspraktische gewirkt hat, wieviel die „objektive" Betrachtungsweise falsch orientierter und verwendeter „Wissenschaft" dazu beigetragen hat, die Humanisierung menschlichen und völkerlichen Verkehrs hintanzuhalten. Sie sieht, daß das Gros der Naturwissenschaftslehrer noch nicht mit Fürst Kropotkin die fundamentale Wichtigkeit der „gegenseitigen Hilfe" schon im Tier- und Pflanzenleben, also erst recht unter Menschen, eingesehen hat. Eugenie Liebich macht es sich deshalb zur Aufgabe, das unentbehrlichste Material aus Kropotkin, Huxley usw. in ihrer Schrift zusammenzutragen, damit nicht weiterhin mit gutem Glauben „aus wissenschaftlicher Ueberzeugung" heraus die Lehrer ihren Schülern die „Naturgemäßheit" und „Naturnotwendigkeit" des Krieges „beweisen"! Die Veränderung dieser Grundüberzeugung ist so wichtig, daß dem Hefte weiteste Verbreitung zu wünschen ist. p. o.

Rose-Theater: Mutter und Sohn. Die Problematik „Vater und Sohn" ist oft schon gestaltet: Schiller, Turgenjew, Hasenclever u. a. Seltener die Gegensätzlichkeit: Mutter und Sohn. Also sprach Helmuth Unger. Der Gedanke war löblich. Aber er schuf ein Kammerspiel. Das war sein erster Sündenfall. Ein poetisches Vorspiel steigerte die Enttäuschung. Thema: Der Mutter Segen baut den Kindern Häuser, aber der Kinder Fluch reißt sie nieder (in Variationen). Inhalt: Sohn erfährt — achtzehnjährig — seine Unehelichkeit. Fluch gegen die Mutter. Kommt auf Kunstakademie (des unlegitimen Papas), lernt nichts, hungert, liebt unglücklich, bestiehlt den Freund. Stil des 5. Aktes: Wehe! Hinter Kerkermauern — sah man unsern Märker kauern! Ueberhaupt die Sprache! Schlafstubensentimentalität und Heringsbändigerlyrik. Süß, noch süßer, sehr süß. So etwa: „du bist diejenige, die mir gehört für immer". Erhob sich stellenweise das Niveau, so tönten Verse dazwischen von unerhörter Kitschigkeit. Daß man Ibsen die „Lebenslüge" stahl, das nur nebenbei. Frau Duval als Gast, echt, warm, innerlich; man sollte sie zu fesseln suchen. Bester Höflich-Stil. Sohn und Freund, die Herren Marwitz und Fuchs, müssen noch sprechen lernen. Frau Orloff kam wenig zur Geltung. Prächtig in kleinen Rollen Frau Fubst als Wohnungsdrachen, Herr Friedrich als Leitjude, Herr B. Rose als illegitimer Vater. Der Dichter konnte sich zeigen. Die Jugend nur entschuldigt sein Verbrechen. Gern erkannten wir sonst das ernste Streben der Direktion an. Auf diesem Wege wird sie nicht Erlösung finden. wp.

Eine Norddeutsche Sezession ist in Stettin begründet worden, aus dem Gefühl der Unzulänglichkeit einzelner Provinzial-Künstlerverbände heraus. Sie umfaßt Maler und Bildhauer aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg und Schleswig. Zu den Gründern gehören Ernst Barlach, Wilh. Bormes, Fanny Blumberg, Franz Domscheit, Artur Degner. Der Sitz der Geschäftsstelle der Norddeutschen Sezession ist Stettin, wo sie voraussichtlich im Frühjahr 1921 ihre erste Ausstellung veranstalten wird.

Aus Leonhard Franks Werken liest im Rahmen der Volksbühnen-Leseabende Mara Merrbach am Donnerstag in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Klosterstr. 76. Einlaßkarten 0.70 M.

Bernhard Shaws „Haus Herzenstod", die neue Komödie, erscheint soeben im Verlage S. Fischer, Berlin. In Form eines geistreich fröhlichen Bühnenstückes ist hier die Seelengeschichte einer todesreifen Menschheit gegeben. Mit den ersten Zeppelin-Bomben, die auf englischen Boden fallen, endet die Komödie Shaws. Der Uraufführung findet am 13. November am Wiener Burgtheater statt.

Der Arbeitsmangel der Baukünstlerschaft. Auf Veranlassung des Bundes Deutscher Architekten wird die gesamte Künstlerwelt Berlins demnächst zu einer eindrucksvollen Kundgebung zusammengerufen, um ihre durch den Mangel an Arbeit verursachte schlimme Lage vor der Oeffentlichkeit zu beleuchten.

Jeus der Jüngling ist der Titel eines neuen Romans von Wilhelm Scharrelmann, der in den nächsten Tagen bei Quelle u. Meyer in Leipzig erscheint, eine noch nirgends versuchte Darstellung des Werdens sein in der Zeit zwischen seinem 12. und 20. Lebensjahre bringt und darum großem Interesse begegnen dürfte.

Ludwig Hardt trägt am 7. November, abends 7½ Uhr, in der Aula, Ifflandstr. 9/10 Dichtungen von Kleist, Heine, Liliencron vor

so gründlich vorgebildet sind, daß sie als Lehrfrauen gelten können, dann aber bestände auch nicht die geringste Garantie dafür, daß die Lehrmädchen selbst bei kenntnisreichen Hausfrauen auch wirklich etwas lernen. Noch viel häufiger als in der gewerblichen Lehre bei vielen Kleinhandwerksmeistern würde im Einzelhaushalt der Fall eintreten, daß die Lernenden als bequeme und billige Arbeitskräfte verwendet werden, ohne daß ihnen die Kenntnisse beigebracht werden würden, zu deren Erlernung sie der Lehre zugeführt worden seien. In der Praxis würden durch den Antrag die Arbeiterfamilien nahezu allein getroffen werden, da die Töchter der bessersituierten Kreise einfach zu Hause bleiben könnten — denn die Lehre durch die Mutter wurde als die geeignetste bezeichnet — ohne daß es möglich sei, nachzuprüfen, ob dem beabsichtigten Zwecke gedient sei. Diesen Bedenken schloß sich auch die Vertreterin der Deutschdemokratischen Partei an, die denn auch mit den Sozialdemokraten im Ausschuß gegen den Antrag stimmte, nachdem ein Antrag auf Einsetzung eines Unterausschusses mit Stimmengleichheit abgelehnt worden war.

Vom Vertreter des Handelsministeriums wurde dem Ausschuß geschildert, welche Schritte beabsichtigt und zum Teil schon vorbereitet sind, um den hauswirtschaftlichen Unterricht in den Fortbildungsschulen zweckmäßiger zu gestalten, der in Verbindung mit der Ausdehnung der Pflichtfortbildungsschule für alle schulentlassenen Mädchen bis zum achtzehnten Lebensjahre zu einem erheblichen Grade hauswirtschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln kann.

Es ist zweifellos ein Mißstand, daß nur wenige in der Lage sind, sich für den wichtigen Beruf als Hausfrau und Mutter genügend vorbereiten zu können, der für zahlreiche Mädchen das erstrebenswerte Ziel ist, dem sie meist schon von der Schulentlassung an nachstreben. Der von der Zentrumspartei vorgeschlagene Weg kann aber nicht als der geeignete dafür angesehen werden.

Oberschlesien und die Sozialdemokratie.

Die Kattowitzer „Gazeta Robotnicza", die für Polen kämpft, fürchtet von dem deutschen Autonomiegesetz für Oberschlesien eine ihr unwillkommene Beeinflussung der Abstimmung. Sie sucht daher nach Kräften die Bedeutung des Autonomiegesetzes herabzumindern und insbesondere die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage als unaufrichtig zu verdächtigen.

Dazu ist kurz zu bemerken: Die Sozialdemokratische Partei hat erklärt, daß sie für die Freiheit Oberschlesiens, im Rahmen des Reiches ein selbständiger Bundesstaat zu werden, eintreten wird. Sie wird sich nicht mit einem Wortbruch beschmutzen. Im übrigen wird ja das Gesetz, das den Oberschlesiern das versprochene Recht gibt, noch vor der Abstimmung verabschiedet werden.

Von der „Gazeta Robotnicza" wird freilich auch dann nicht das Eingeständnis zu erwarten sein, daß die Sozialdemokratie das gegebene Wort gehalten hat und daß für Oberschlesien alle Vorbedingungen für eine selbständige Entfaltung im Rahmen des Reichs gegeben sind. Die „Gazeta Robotnicza" will eben unter allen Umständen den Anschluß an Polen, und es scheint ihr recht gleichgültig zu sein, was dann aus den oberschlesischen Arbeitern wird.

Abtretung von Elbschiffen?

Prag, 3. November. (TU.) Zu der Nachricht über die Abtretung deutscher Elbe-Dampfer für die Donauschiffahrt teilt das tschechoslowakische Ministerium für öffentliche Arbeiten mit, daß diese Nachrichten verfrüht sind. Die deutsche Regierung habe ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit der tschechoslowakischen Regierung eine Verständigung über einen amerikanischen Schiedsspruch herbeizuführen, der über die Frage endgültig entscheiden soll, ob Deutschland nach dem Friedensvertrage verpflichtet sei, dem tschechoslowakischen Staate Schiffe abzuliefern.

Wie wir erfahren, verlangt die Elbeschiffahrt in der Tschechoslowakei Frachtzahlung in Reichsmark, die sich die Verfrachter hinterrum verschaffen müssen. Dieses Vorgehen stärkt natürlich das Verlangen nach einer eigenen Schiffahrt.

Die Wiedergutmachungskommission veranstaltet in Preßburg eine Konferenz der österreichisch-ungarischen Nachfolge- und der Nachbarstaaten zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Milchkühe für Requisitionen.

Wofür hunderttausende Milchkühe den Kindern und Kranken Deutschlands entzogen werden, das lehrt uns das „Journal des Debats":

Frankreich habe festgestellt, daß die Deutschen im ganzen 145 000 Stück Vieh, darunter 517 000 Kühe requiriert hätten. Frankreich habe aber gleich nur die Rückgabe von 510 000 Stück Vieh, darunter 400 000 Kühen, beantragt. Die Behauptung, Frankreich sei irgendwie zu einer Ermäßigung seiner Forderung gezwungen worden, treffe nicht zu. Es sei niemals von 800 000 Kühen, sondern stets nur von 400 000 Kühen die Rede gewesen.

Das gilt für Frankreich allein; dazu kommen aber die anderen Länder, in denen Deutschland ebenso requiriert hat. So werden wir in bekanntem Wohlwollen dafür bestraft, daß die Hauptquartiere, Etappen und Stäbe auf Milch und Butter, auf Käse und auch auf Schlagsahne nicht verzichteten, während Heimatvolk und Frontmassen in gleicher Weise hungerten!

Die Ausführung des Friedensvertrages.

Der Hauptausschuß des Reichstages begann am Mittwoch die Besprechung über die Ausführung des Friedensvertrages. Abg. Dr. Reichert (Dnatl.): Die Kosten, die uns die Besatzungstruppen verursachen, sind unerträglich hoch. Die Bevölkerung und die Landwirtschaft haben schwer zu leiden. Bei dem starken Bestreben der Entente neue militärische Anlagen größten Stils zu schaffen, gewinnt man den Eindruck, als ob eine neue Basis für künftige kriegerische Maßnahmen gegen Deutschland geschaffen werden soll. Redner bat den Reichsschatzminister um eingehende Mitteilung über seine Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber der feindlichen Truppen und der Rheinlandkommission und um nähere Mitteilungen über Stellung des Kabinetts.

Der Reichsschatzminister Mommer antwortete vertraulich und beantragt die Erhöhung der Besatzungskosten von 20 auf 40 Milliarden.

Abg. Haas (Dem.): Besteht die Absicht, diese Lebensfrage des deutschen Volkes zum Gegenstand offizieller Verhandlungen zu machen? Was ist geschehen, um das Ausland über

die furchtbaren Ziffern

zu unterrichten? Dabei zeigt sich, daß das Auswärtige Amt trotz rechtzeitiger Einladung seitens des Ausschusses nicht zur Stelle ist. Dr. Helfferich (dnatl.): Bei diesen weittragenden finanziellen Etatspositionen fordere ich die Anwesenheit des Ministers oder seines Vertreters. Wenn die Angabe des Reichsschatzministers richtig ist, daß Amerika die Kosten einer 17 000 Mann starken Okkupationsgruppe auf täglich 1 220 000 Dollar beziffert, so sind das rund 90 Millionen Papiermark pro Tag. Oder rund 32 Milliarden im Jahr. Das ist eine ungeheure Zumutung. (Allseitige Zustimmung.) Abg. Korell (Dem.) beantragt eine Entschließung betreffs

Herabsetzung der Besatzungstruppen

mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches. Abg. Freiherr v. Lersner (D. Vp.) forderte eine ausgiebige Besprechung dieser ganzen Angelegenheit vor dem Reichstag. Staatssekretär Walter macht den Vorschlag zur Milderung der harten Requisitionen. Es sei beabsichtigt, die Auszahlung zwischen Ortsklassen und Ministerien bei Ausschaltung der Zwischeninstanzen zu regeln.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist nunmehr vom Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts fertiggestellt und wird zurzeit im Reichswirtschaftsministerium in die Form gebracht, in der es voraussichtlich schon in den nächsten Tagen dem Reichstage vom Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz mitgeteilt werden wird.

Ferner ist die Vorlage über die Einziehung des Reichsnotopfers fertiggestellt und wird voraussichtlich Donnerstag oder Freitag dem Reichsrat zugehen. Sie sieht die schnelle Einziehung eines sehr beträchtlichen Teiles des Reichsnotopfers — man spricht von 40 bis 50 v. H. — vor, doch dürfte gestattet werden, diesen Betrag in zwei Raten zu bezahlen. Jedenfalls wird das Veranlagungsverfahren abgekürzt und die Einziehung des erwähnten Teilbetrages im Laufe des Winters bewirkt werden.

Groß-Berlin

Weitersagen!

Lange genug hatten wir das „Weitersagen" während der Ausbildung geübt. Strenge Befehle und saftige Witze, alles wurde „weitergesagt". Manchen Spaß hatten wir dabei gehabt. Aber nun wurde es ernst. Nach mehrtägiger Fahrt durch Rußlands Gefilde waren wir auf der letzten Eisenbahnstation angekommen. Es war rabenschwarze Nacht, als wir uns der Front näherten, grundlose „Wege", fein rieselte der Regen hernieder. Langsam zogen wir dahin.

Da, mit einemmal eine Stockung! Achtung! Stolperdraht! weitersagen! — wurde von vorn durchgeflüstert, durften wir doch nicht laut sprechen. Mechanisch und teilnahmslos wurde weitergesagt, waren wir doch alle hundemüde und erschöpft. Ein Hindernis mehr oder weniger, was lag uns daran.

Und doch, dies „Weitersagen" hat mir gefallen, wir sollten es weiter üben unser lebelang, überall sind Stolperdrähte gespannt. Wieviele unserer Arbeitsbrüder fallen über die politischen Stolperdrähte die wieder wie damals von Russen gespannt sind. —

Sagt sie weiter die Reden der Dittmann und Martoff. Nehmt euch in acht vor den russischen Stolperdrähten, der Sinowjew, Lenin und Trotzki. —

Laßt ab von dem Bruderkampf! Der Feind steht rechts! Seid einig, dann seid ihr stark.

Weitersagen. —

Detektive als Verkäufer von Diebesgut.

Berlin ist zurzeit mit Privatdetektiven aller Art reich gesegnet, deren Tätigkeit zuweilen, wie der folgende Fall zeigt, mit größter Vorsicht aufgenommen werden muß.

Vor kurzem erbeuteten Einbrecher für 80 000 Mark optische Instrumente in einem Geschäft in der Königgrätzer Straße. Ein verdächtiger Handel in einem Kaffeehaus am Potsdamer Platz führte Kriminalbeamte des Fahndungskommandos auf die Spur des gestohlenen Gutes. Man ging dieser Spur nach und fand die Ware in dem Hause Schöneberger Ufer 82 auf dem Boden versteckt, wo zwei dieser sogenannten Detektive, Georg Hamel aus Berlin, und Artur Stoß aus Frankfurt a. M., gerade dabei waren, die gestohlenen Instrumente Kauflustigen zu zeigen. Hamel und Stoß wurden festgenommen. Sie behaupten zwar, die Instrumente von einem „schwarzen Robert", den sie nicht weiter kennen wollen, gekauft zu haben, stehen aber in dem dringenden Verdacht, selbst die Diebe gewesen zu sein.

Reiche Beute machten Geldschrankeinbrecher, die in der vergangenen Nacht die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie am Tempelhofer Ufer heimsuchten. Es gelang ihnen, einen Geldschrank aufzubrechen und daraus für 100 000 Mark Platingerät zu stehlen, das für die drahtlose Telegraphie verwendet wird, Kontakte, Winkel und dergleichen mehr. — Auch Geschäftseinbrecher waren an mehreren Stellen wieder mit Erfolg an der „Arbeit". Bei der Handelsgesellschaft von Levisohn, Weil u. Co. in der Seydelstr. 29, erbeuteten sie für 130 000 Mark Stoffe. — Ebenso machten Wohnungseinbrecher gute Beute. So stahlen diese bei Prof. Wilschowski in der Kurfürstenstr. 99a für 60 000 Mark und bei dem Kaufmann Hugo Lewin am Hohenzollerndamm 209 für 70 000 Mark Teppiche und Silberzeug.

Billige Zündhölzer.

Die Preise der bei der Zündholzfabrikation benötigten Rohstoffe sind derart gestiegen, daß eine wesentliche Erhöhung der Herstellerkosten eingetreten ist. Nun wurde es aber durch Einkauf bei verhältnismäßig günstigem Valutastande möglich, den Bedarf an ausländischen Waren für die nächsten Monate zu decken; so brauchen einstweilen keine ausländischen Zündhölzer eingeführt zu werden. Eine Erhöhung der Erzeugerpreise von 1500 auf 1600 Mark, einschließlich der Steuer, war unvermeidlich. Um der Verschiedenartigkeit der Gestehungskosten bei den einzelnen Betrieben Rechnung zu tragen, wurde die Preiserhöhung so geregelt, daß alle Hersteller nur 50 Mark pro Kiste mehr erhalten, während die restlichen 50 Mark mit der Umlage eingezahlt und an einen von der Industrie verwalteten Ausgleichsfonds abgeführt werden.

Die Preise stellen sich beim Verbraucher für das Paket zu 10 Schachteln auf 2,50 Mark, statt bisher 3,50 M. Die Höchstpreise für Westentaschenzündhölzer und Buchhölzer betragen 2 Mk. für das Paket zu 10 Schachteln oder Büchern. Die Vertreter der Industrie, des Groß- und Kleinhandels und der Verbraucher haben dieser Regelung zugestimmt. In den der Zündholzindustriegesellschaft beigeordneten Verwaltungsrat wird, um eine paritätische Besetzung herbeizuführen, eine entsprechende Zahl von Arbeitnehmern berufen werden.

„Ueberparteiliche" Elternbeiräte.

Eine „Freie Arbeitsgemeinschaft von Elternbeiräten an höheren Schulen Berlins" hat „Richtlinien" für die „aktive Verteidigung der bedrohten deutschen höheren Bildung" entworfen. An der Spitze stehen die Sätze:

„Wir stellen uns auf neutralen, überparteilichen und konfessionell paritätischen Boden. Den religiösen Unterbau der deutschen Bildung lassen wir unseren Kindern nicht nehmen. Der Religionsunterricht muß planmäßiges Lehrfach bleiben. Der vaterländische Geschichtsunterricht ist beizubehalten und zu vertiefen."

Diese Forderungen lassen sofort erkennen, wie es um die „Ueberparteilichkeit" der Arbeitsgemeinschaft von Elternbeiräten steht. Danach kann man sich auch denken, was von dem Versprechen zu halten ist:

„Parteipolitik und konfessioneller Hader dürfen nicht in die Schule getragen werden."

Wohin der Weg geht, den die Richtlinien weisen, zeigt deutlich genug die Forderung:

„Schulaufsichtsstellen dürfen nur mit erprobten Fachleuten besetzt werden, die Vertreter der nationalen, religiösen und unpolitischen Schule sind."

Statt „national" und „religiös" und „unpolitisch" sollten die Herrschaften kürzer sagen: reaktionär. War vor der Revolution die angeblich „unpolitische" Schule — die höhere wie die untere — nicht eine willige Dienerin der Politik der herrschenden Klasse? Sind nicht viele der höheren Lehranstalten noch ein fester Hort der Anschauungen und Bestrebungen dieser Klasse, die ihre Herrschaft wiederzurichten möchte? Die „aktive Verteidigung" der „bedrohten deutschen höheren Bildung" soll helfen, die früheren Zustände wiederherzustellen und zu befestigen. Das ist der leitende Gedanke dieser Richtlinien.

Was Post-Aufsichtsbeamten nicht „auffällt".

Den Beamten und Helfern des Postbezirks Berlin W. 57 (Steinmetzstraße) ist das Rauchverbot der Oberpostdirektion durch ein sonderbares Schriftstück eingeschärft worden. Wir lesen da:

„Dem Bezirks-Aufsichtsbeamten ist aufgefallen, daß das strenge Rauchverbot der O.P.D. hier nicht die genügende Beachtung findet. Von heute ab darf in keinem Raume des Postamts 57 mehr geraucht werden. Ebenso ist das Rauchen auf dem Bestellgang grundsätzlich verboten."

Zum Schluß wird in nicht mißzuverstehender Weise gedroht:

„Wer sich dem Verbot nicht fügt, wird mit allen Mitteln hierzu gezwungen werden. Das P.A. hofft indes, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Verbots der O.P.D. sich bereits bei allen Einsichtigen Bahn gebrochen hat und daß alle sich ohne weiteres den Zwang auferlegen werden, der zur Wiederherstellung würdiger Zustände unerläßlich ist."

Daß dieses Rauchverbot wirklich in seinem vollen Umfange nötig sei, werden auch Einsichtige bezweifeln. Für berechtigt kann man es halten in Räumen, wo Feuergefahr zu befürchten ist oder wo viele Beamte tagsüber beisammen sitzen müssen. Warum aber soll z. B. auch auf Bestellgängen nicht geraucht werden dürfen? Das Verbot erinnert doch sehr an die „würdigen" Zustände der Zeit vor der Revolution.

Dazu paßt dann auch, daß unter dem vom 8. Oktober 1920 datierten Schriftstück noch der Stempel „Kaiserliches Postamt Nr. 57 Berlin" prangt. Solche Ungehörigkeiten, die wie Hohn auf die Republik wirken, scheinen Post-Aufsichtsbeamten nicht „aufzufallen". Wer mag übrigens für das Schriftstück verantwortlich sein? Es hat keine Unterschrift, ist aber echt.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch erwähnen, daß auch das Postamt des Dorfes Groß-Besten (Kr. Teltow) auf das Wort Kaiserliches noch großen Wert zu legen scheint. Ein an das Genesungsheim Groß-Besten adressiertes, uns übersandtes Kuvert ist auf der Rückseite mit einem Etikett versehen, das sogar einen kaiserlichen Doppelstempel trägt. Auf dem Groß-Bestener Postamt wird demnach in dieser Richtung doppelte Arbeit geleistet.

Kohlenschiebungen auf dem Wasserwege. Gestern beschlagnahmte der Reichswasserschutz „Mark Nord-Spandau" bereits wieder 40 Zentner Kohlen, die ein Kahnschiffer von seiner für die Stadt Spandau bestimmten Ladung unterschlagen hatte. Die Kohlen wurden der Kohlenstelle zugeführt und bleiben so dem Allgemeinwohl erhalten.

Eine kunsthistorische Führung durch das Ermeler-Haus unter Leitung der Kunsthistorikerin Dr. Hedwig Michaelson veranstaltet der Berliner Wanderklub e. V. am Sonntag, 7. November. Treffpunkt der Teilnehmer vormittags 9.45 Uhr vor dem Hause Breitestraße 11. Gäste sind gern gesehen. Programme kostenlos durch die Geschäftsstelle des Klubs: Berlin 113, Schönfließer Str. 4.

Käte Hyans Kunstasyl. Käte Hyan, welche am 1. November in der Klosterstraße ihr Kunstasyl eröffnete, ist den Berliner Arbeitern keine Unbekannte. Sie empfing ihre Gäste am Montag in liebenswürdigster Weise und wußte sie trefflich zu unterhalten. Ihre Lieder sind getragen von großer Wärme, in jedem Ton klingt die Seele der Künstlerin mit. Das Ehepaar Luitgard und Ernst Leo waren glänzend. Ein russisches Volkslied, „Der Vespergesang", ward hinreißend gesungen, und in dem bekannten Volkslied „Immer langsam voran, daß der Kräswinkler Landsturm nachkommen kann", kam der Humor köstlich durch. Auch die zu zweien gesungenen Lieder „Maria auf dem Berge" und „Kam ein junger Ritterkmann" zeigten die reiche Begabung beider Künstler, die sich hoffentlich recht bald einmal den Berliner Arbeitern vorstellen. Herr Kohlberg, der das Kunstasyl einrichtete, hat aus einem alten Laden einen Raum geschaffen mit Wänden von teppichähnlicher Buntheit. Die zweckmäßige Ausnützung des Raumes und die mit den einfachsten Mitteln hergestellten Einrichtungsgegenstände lassen in Kohlberg einen Innenarchitekten vermuten, von dem noch manches zu erwarten ist, besonders bei der Herstellung guter Entwürfe für Arbeiterwohnungseinrichtungen.

Den Bestrebungen der Frau Hyan, allen mit der Kunst und dem Leben ringenden Künstlern in ihrem Asyl einen Sammelpunkt zu schaffen, kann man nur besten Erfolg wünschen. ah.

Zum Besten der Polizei-Wohlfahrtskasse gab es am Montag im Marmorsaal des Zoo ein Konzert, bei dem die Kapelle der Staatlichen Polizei an künstlerisch ernsthaften Orchesteraufgaben ihre Leistungsfähigkeit beweisen konnte. Weber, Bizet, Liszt, Tschaikowski, Wagner standen im Programm und Musikdirektor Fritz Brase meisterte vollkommen die Wiedergabe aller Stücke. Elisabeth van Enderts von herrlichen Tönen funkelnder Sopran fügte dem Ganzen zwei an Koloraturen reiche Schmuckstücke aus Verdi und Donizetti ein. Das zahlreich erschienene Publikum dankte mit lebhaftem Beifall.

Eine Geflügel- und Kaninchen-Ausstellung veranstaltet der Verein für Kleintierzucht und Gartenbau in Lichtenrade und Umgegend am 6. und 7. November im Waldrestaurant Rehrmann in Lichtenrade, Hildeberstraße.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 4. November:

Falkenberg-Alt-Glienicke. Frauenteeabend bei Klingenberg, Grünauer Str. 29. Bericht über den Frauentag. Ref.: Genossin Martha Hoppe.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Ortsverwaltung Berlin Osten II. Donnerstag, den 4. November, 7½ Uhr in der Brauerei Pfefferberg O 112, Frankfurter Allee 313, Monatsversammlung. Bericht vom Gautag. — **„Schule und Körperentwicklung."** Oeffentlicher Vortrag und Aussprache Dr. med. Czellitzer (Bund entschiedener Schulreformer), Werner-Siemens-Realgymnasium, Hohenstaufenstr. 47/48, Donnerstag, 4. November, 7 Uhr. Karten an der Saalkasse.

Sport.

Der Schwimmverein „Vorwärts" Berlin 1897 veranstaltet am 9. November, abends 8—10 Uhr, seinen 4. Abend im Funktionärkursus, Lange Str. 76. Behandelt wird: Ausbildung von Schwimmschülern und das Springen. Die nächsten Vorträge finden statt am 23. November mit: Arbeiten in den Sportskartellen, richtiges Springen und Entwicklung der Wasserballspiele; am 7. Dezember: Wasserballregeln, Gruppenspringen und Tauchen. — Der Besuch ist gut, bis jetzt nahmen durchschnittlich über 100 Mitglieder am Abend teil. Gäste sind willkommen. — Das nächste Schwimmfest findet am 7. November, nachmittags 3 Uhr, in der Badeanstalt Schillingsbrücke statt.

Gewerkschaftsbewegung

Verhandlungen in der Metallindustrie.

Nach der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, die nachzuprüfen wir leider bis Redaktionsschluß keine Möglichkeit mehr hatten, fanden gestern abend auf Veranlassung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beim Reichsarbeitsminister Vorbesprechungen über die Aufnahme von Vergleichsverhandlungen zur Beilegung der Differenzen bei Borsig statt. Im Anschluß an diese Besprechungen, an denen auch Geheimrat v. Borsig teilnahm und die den beiderseitigen Willen zur Schaffung eines Vergleichs erkennen ließen, sollen heute nachmittag im Reichsarbeitsministerium erneut Verhandlungen stattfinden.

Lohnbewegung der Gemeindearbeiter Groß-Berlins.

Im überfüllten Saal der „Königsbank" nahmen am 1. November cr. die Funktionäre und Betriebsräte des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Stellung zum neuen Lohntarif.

Kollege Lagodzinski berichtete über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung und führte aus, daß, trotzdem der Abschluß des alten Lohntarifs in Rücksicht auf die Neubildung des Magistrats schon um einen Monat verschoben worden war, wir im Augenblick vor einer Situation stehen, die, wenn der Magistrat keine ernsten Schritte zum Abschluß des neuen Lohntarifs unternimmt, das Wirtschaftsleben Berlins den schwersten Erschütterungen aussetzen kann. Trotzdem von der Tarifkommission alle Schritte eingeleitet waren, die einen rechtzeitigen Abschluß der Verhandlungen gewährleisten konnten, ist es durch Sabotage bürgerlicher Kreise im Rathaus gelungen, den Abschluß so hinauszuschieben, daß die Folgen dieser Verzögerung dem neuen Magistrat zur Last fallen mußten. Erst im letzten Augenblick fühlte sich der kommissarische Magistrat veranlaßt, Verhandlungen einzuleiten.

Zu diesem Zweck waren die Vertreter der Tarifkontrahenten zu einer Besprechung zum Sonnabend im Rathaus geladen, in der sich die Herren Bürgermeister Reicke, der Kämmerer Böß und Stadtrat Dr. Seckt bemühten, die überaus schwierige finanzielle Lage der Stadt Berlin darzustellen. Hier zeigte sich klar und deutlich, daß, nachdem auch die Magistratsvertreter die Notwendigkeit einer Neuregelung der Löhne der Arbeiter anerkannt hatten, die ganzen Schwierigkeiten, in der sich die Kommune Berlin befindet, die Folgen einer zielklaren Sabotagepolitik bürgerlicher Kreise und ihrer kapitalistischen Hintermänner sind. Mit bewußtem Willen ist seit langem auf die Diskreditierung des neuen Groß-Berlin hingearbeitet worden. An die Arbeitnehmer der Kommune Berlin wird es liegen, die Hoffnungen jener reaktionären Kreise zunichte zu machen, die da glauben, daß die entstehenden Schwierigkeiten ihnen Gelegenheit geben werden, ihre dunklen Pläne zur Durchführung bringen zu können.

Unter Würdigung dieser Sachlage wurde empfohlen, die heute stattfindenden Verhandlungen abzuwarten. Eine aus 25 Vertretern des Magistrats zusammengesetzte Kommission soll zu den vorliegenden Anträgen Stellung nehmen. Es wurde beschlossen, zur endgültigen Stellungnahme über den Neuabschluß des Lohntarifs zum Freitag, den 5. November, in der „Königsbank" eine neue Funktionärkonferenz einzuberufen.

Abschluß des Konditorentarifs.

Seit etwa einem Jahr bestand ein Tarifvertrag für die Konditoreien, an dem auf Arbeitnehmerseite neben dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Konditoren beteiligt war. Diese beiden Organisationen hatten vereinbart, den Tarif gleichzeitig, und zwar zum 1. November, zu kündigen. Der Zentralverband tat das, aber der Gewerkverein versäumte den Kündigungstermin und kündigte erst zum 1. Dezember. Hierdurch war folgende Situation entstanden: Wäre der Zentralverband nicht zum Abschluß eines neuen Tarifs gekommen und hätte er deshalb anfangs November den Streik proklamiert, dann hätte der Gewerkverein unter Berufung auf seinen noch bis zum 1. Dezember laufenden Tarif seine Mitglieder zum Weiterarbeiten, also zum Streikbruch auffordern können, in der Hoffnung, den Zentralverband aus dem Tarifverhältnis zu verdrängen und sich selbst zum alleinigen Träger des neuen Tarifs zu machen. Die Führer des Gewerkvereins bestreiten zwar, eine derartige Absicht gehabt zu haben, doch im Zentralverband traut man sie ihnen zu, um so mehr, als ein großer Teil der Arbeitgeber den Gewerkverein als eine meistertreue Organisation dem Zentralverband vorgezogen haben würde. Ob nun die erwähnte Absicht beim Gewerkverein bestanden haben mag oder nicht, sie ist nicht nur nicht erfüllt, sondern in ihr Gegenteil umgeschlagen.

Der Zentralverband hat mit der Arbeitgeberorganisation monatelang verhandelt und schließlich, als eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, den Schlichtungsausschuß angerufen. Nachdem zunächst eine Vereinbarung über den neuen Lohntarif zustande gekommen war, wurde auch über die Erneuerung des Manteltarifs verhandelt. In der letzten Sitzung des Schlichtungsausschusses am Montag erschienen auch Vertreter des Gewerkvereins, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Dagegen erhoben die Vertreter des Zentralverbandes Einspruch, und der Schlichtungsausschuß entschied, daß der Gewerkverein, der ja den Schlichtungsausschuß gar nicht angerufen habe, zu den Verhandlungen nicht hinzugezogen werden könne. Ueber den Tarif selbst kam dann eine Vereinbarung zustande, die die Arbeitsbedingungen in einigen wesentlichen Punkten verbessert und den Zentralverband zum alleinigen Träger des neuen Tarifs macht. Die Taktik des Gewerkvereins hat also die Folge gehabt, daß er als Tarifpartei ausgeschaltet ist.

Uebrigens hat der Gewerkverein nach den anscheinend stark übertriebenen Angaben seiner Vertreter vor dem Schlichtungsausschuß nur 200 Konditorgehilfen und 100 Verkäuferinnen als Mitglieder, während der Zentralverband mit 2500 in den Berliner Konditoreien beschäftigten Mitgliedern die überwiegende Mehrheit des gesamten Konditoreipersonals umfaßt.

Am Dienstag erklärte sich eine Versammlung des im Zentralverband organisierten Konditoreipersonals mit dem Tarifabschluß einverstanden und sprach ihre Genugtuung aus über den Ausschluß des als unaufrichtig bezeichneten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins.

Streik im Ruhrgebiet.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Bochum ist die Belegschaft der Zeche „Prinzregent" Dienstag früh in den Streik getreten. Als Grund wird die Entlassung eines Beamten angegeben, mit der die Belegschaft nicht einverstanden war. Infolge des Streiks mußte die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn wegen Strommangels ihren Betrieb einstellen.

Bergarbeiterstreik in Belgien.

Charleroi, 2. November. Die Bergarbeiter des Kohlenbeckens von Charleroi sind gestern in den Streik getreten.

Nach einer späteren Meldung des Holländisch Nieuwsbureaus ist der Streik auch auf das Sambregebiet übergesprungen. Die Zahl der Streikenden wird auf 50 000 geschätzt.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Heute Mitgliederversammlung. Spandau, 7½ Uhr im Hotel „Zum Stern", Potsdamer Str. 35 — Lichterfelde-Zehlendorf, 7½ Uhr im Restaurant „Hohenzollern", Hindenburgdamm 93 — Nordost, 7½ Uhr im Greifswalder Hof, Greifswalder Str. 43 — Cöpenick, 7½ Uhr im Ratskeller „Weiten"; 7½ Uhr im „Nationalhof", Bülowstr. 37. — Sitzung des örtlichen Fachgruppenausschusses der Metallindustrie im Bundeshaus, 7 Uhr.

Wirtschaft

Fortschreitende Konzentration.

Ausdehnung der Stumm-Gruppe. Ein ansehnlicher Posten von Aktien der Eisenindustrie A.-G. zu Menden und Schwerte ist in den Besitz der Gruppe Gebr. Stumm in Neunkirchen a. S. übergegangen, ebenso ein erheblicher Teil des Aktienkapitals der Annener Gußstahlwerke. In einer Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft soll auch die Bilanz der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke sowie anderer Unternehmungen des Konzerns zur Vorlage kommen. Man vermutet die Einleitung weiterer Transaktionen.

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. in Nürnberg. Die Verhandlungen zwischen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und dem Gute-Hoffnungs-Hütte-Aktienverein in Oberhausen zwecks Anbahnung einer Interessengemeinschaft sind zum Abschluß gekommen. Die Gute-Hoffnungs-Hütte übernimmt einen Teil der Aktien von Augsburg-Nürnberg und wird demnächst auch in deren Aufsichtsrat vertreten sein, sowie Augsburg-Nürnberg mit Rohstoffen versorgen. Die Selbständigkeit der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg wird durch deren Vertrag, der auf 80 Jahre abgeschlossen ist, nicht berührt.

Die Stickstoffwerke Oppau und Leuna werden aus dem Vermögensbestande der Badischen Anilin- und Sodafabriken herausgenommen und in eine besondere G. m. b. H. eingebracht, die ein Barkapital von 500 Mill. M. erhält. Weiteres erhebliches Betriebs- und Baumaterial wird von sämtlichen Mitgliedern der großen Interessengemeinschaft in der Anilinindustrie beigesteuert. Die 500-Millionen-Anteile der G. m. b. H. werden laut „Frankf. Ztg." nach dem bekannten Interessengemeinschaftsschlüssel von jeder der acht Interessengemeinschaftsfirmen nach einer Quote übernommen. Auslandspatente, auch das Haber-Verfahren, gehen nicht mit in die G. m. b. H. über, dagegen die Merseberger Braunkohleninteressen mindestens teilweise. — Nach der gleichen Quelle sind Erwägungen im Gange, auch die Georg-Marien-Hütte, die Marienhütte, die von Peter Klöckner kontrolliert wird, dem Lothringer Hüttenverein in einer großen Kombination zuzuführen. Diese wird alle Werke der Klöckner-Gruppe umfassen.

Die Konzentrationsbewegung im Brauereigewerbe macht weitere Fortschritte. Unter Mitwirkung der Bank für Brauindustrie hat soeben die zum Konzern der Deutschen Bierbrauereien Akt.-Ges. gehörende Brauerei zum Feldschlößchen in Dresden eine Vereinbarung mit der Hofbräuhaus-Aktienbierbrauerei und Malzfabrik in Dresden getroffen, wonach der Hofbräuhausbetrieb von der Feldschlößchenbrauerei übernommen wird.

Erneute Herabsetzung der Druckpapierpreise. Die Reichsstelle für Druckpapier hat den Preis für Zeitungspapier dahin abgeändert, daß der Aufschlag, der auf den Preis der letzten vor dem 1. Juli 1915 erfolgten Lieferung gezahlt werden muß, für Rollenpapier von 315 M. auf 279,50 M. und für Formatpapier von 323 M. auf 287,50 M. für 100 Kilogramm herabgesetzt wird.

Gebrüder Böhler u. Co. A.-G. Zu dem Erwerb von Böhler-Aktien durch Stinnes erfährt die „Kölnische Zeitung", daß die Stinnes-Gruppe bereits 10 Millionen Mark dieser Aktien erworben hat. Den gesamten Aktienbetrag soll der Stinnes-Gruppe wieder der Großspekulant Bankier Herzfeld verschafft haben, der sie zunächst einer französischen Gruppe angeboten hatte. Dieser aber war der Posten zu gering, da er ihr nicht den gewünschten Einfluß auf Böhler sicherte.

Interessengemeinschaft von Edelstahlproduzenten. Nach der „Frankfurter Zeitung" dürfte die Sicherung einer Anzahl von Aktien der Gebrüder Böhler Akt.-Ges. für die Rhein-Elbe-Union den Ausgang bilden für eine Interessengruppierung unter mehreren führenden Edelstahlproduzenten. Dieser Interessenverbindung werden außer der Böhler-Stahlgesellschaft die Dortmunder Union bzw. Deutsch-Luxemburg, die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke und die Akt.-Ges. Friedrich Krupp angehören.

Herabsetzung der Handelszuschläge für Eisenerzeugnisse. Der Eisenwirtschaftsbund hat den Handelszuschlag für Lieferung am Lager vom 1. November für Formeisen, Stabstahl, Bandeisen und Universaleisen und Bleche auf 17 Proz. (bisher 21 Proz.) und für Röhren auf 25½ (31) Proz. einheitlich für Deutschland festgesetzt.

Aus aller Welt.

Valutaschmuggler in Wien verhaftet. Ein Schlafwagenkontrolleur und fünf aus Polen stammende Kaufleute wurden in Wien verhaftet, als sie viele Millionen Valuten mit dem Schnellzuge Wien-Triest in das Ausland schaffen wollten. In der Wohnung eines der Verhafteten wurden große Mengen von 20-Kronen-Noten vorgefunden. Die Erhebungen der Polizei ergaben, daß die Bande in den letzten drei Monaten ungestempelte Noten im Werte von 80 Millionen über die Grenze gebracht hatte. Der Schlafwagenkontrolleur hat jedesmal „Honorare" für seine Mithilfe im Betrage von vielen Zehntausenden von Kronen erhalten.

Fahnenzwischenfall auf einem französischen Friedhof. Auf dem Friedhofe von Aubervilliers bei Paris kam es Dienstag morgen zu einem Zwischenfall. Der sozialistische Bürgermeister des Pariser Vororts hat die blauweißroten Fahnen entfernen lassen, mit denen die Gräber von 180 gefallenen Soldaten geschmückt worden waren. Der Bürgermeister erklärte, daß er die Fahnen deshalb entfernen ließ, weil er nicht um Erlaubnis gefragt worden war.

Englische Kriegerehrung. In der Ruhmeshalle der Westminsterabtei ist ein unbekannter Krieger beigesetzt worden — einer für alle. Am Tage des Waffenstillstandes — 11. November — wird auf einen Schlag jeglicher Verkehr auf zwei Minuten angehalten.

Die neue Grippewelle. Mit Beunruhigung verfolgt man das Näherkommen einer Grippeepidemie, die diesmal allem Anschein nach von Südafrika herkommt. Bereits sind weite Strecken der englischen Inseln von ihr betroffen. Die Grippe hat bei ihrem Auftreten in London in der letzten Woche nach amtlichen Angaben allein 2100 Personen auf das Krankenlager geworfen.

Erdrutsch auf Java. In der Preanger Regentschaft auf der Insel Java fand eine große Erdverschiebung statt, wobei verschiedene Dörfer verwüstet wurden. Ein Fluß wurde vollständig abgedämmt, sodaß eine Ueberschwemmung eingetreten ist, die den Schaden bedeutend vergrößerte.

Verantw. für den redakt. Teil Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Im Vertrauen
auf den sicheren Erfolg nehmenden
Frauen
die 1908 preisgekrönten Menstruations-Tropfen 15.— und 24.— M., Tee 4.—, Bade 5.— M.
Grothe,
Neukölln 43,
Hermannstr. 198.
Prosp. gratis.
Wiederverkäufer — Sonderofferte

Verkäufe

Pelzgarnituren! Skunksfüchse 110, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, keine Versatzware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus Warschauerstraße 7. *

Kreuzfüchse! 250.—! Alaskafüchse! 150.—! Blaufüchse! Silberfüchse! Mantelkragen! Herrenkragen! Täglicher Riesenverkauf nagelneuer Gelegenheitskäufe (keine Versatzware) zu staunenerregenden Spottpreisen! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof, Hochbahnhof). 156K

Nähmaschinen auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 40/7*

Rindleder-Klubgarnituren, sowie einzelne Sessel und Sofas in Gobelin und Malette preiswert. Spezialwerkstatt, Jungestraße 27a. 1057b*

Schutzhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pintscher, Schäferhunde verkauft Schaffland, Palisadenstraße 25. 84/14*

Pelzgarnituren! Halb umsonst! Elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse, Zobelfüchse, Pelzmäntel, Alaskafüchse, 75 Mark an, wunderbare Pelzkragen 50 Mark! Massenauswahl. Pelzvertrieb, Kottbuserdamm 2, neben Zandorf. Käufer erhalten Rabatt. 1148*

Monatsanzüge. Burschenanzüge, Ulster, Paletots, Hosen, Damenmäntel, Röcke, Blusen, Pelzsachen, Schuhwaren. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstraße 81 I.

Jetzt! Extrabilliger Pelzvertrieb, Kreuzfüchse! Jackettanzüge! Herrenhosen, Sportulster, Gardinenverkauf, Bettenverkauf, Goldsachen. Speingers Warenverkaufsetage, Hermannplatz 6. 1218*

Pelzwaren! Jetzt ganz bedeutend billiger. Kreuzfüchse, Zobelfüchse jetzt 78 Mark, Herren-Pelzkragen jetzt 68 Mark. Riesenauswahl in allen anderen Pelzwaren, jetzt fabelhaft billig. Pelzmäntel, Pelzdecken, Pelzhüte, Reparaturen, Umarbeitungen allerschnellstens. Spezial-Pelzwarenhaus Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 113/114, hochparterre. *

Pelzwarenmeyer, Potsdamerstraße 45. Gipfel der Billigkeit: Nagelneue Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren, Kinderpelzwaren. Damenpelzmuffen 18.—, Damenkragen (Fuchsfasson) 75.—, Kindergarnitur 30.—, Damenfischgarnitur 65.—, Alaskafuchsgarnitur 90.—, Alaskafuchs 95.—, Kreuzfuchs 295.—, Silberfüchse [illegible], Seidenkreuzfuchs, Skunkskragen, Skunksmuffen, Herrengehpelze, vieles andere.

Plauschmäntel 67,50, 98,50, Prachtneuheiten, 135,00 anlangend, Samtmäntel, Astrachanmäntel 275,00, Plüschmäntel, Charlottenburg, Bismarckstraße 59, II. 114K

Damenplauschmäntel 77,00, prima 175,00, hochelegante, hellfarbige, dunkelfarbige Moderne Plauschulster, Astrachanmäntel, direkt Werkstatt, staunenerregend billig. Altmann, Rosenthalerstraße 44, III, Hackescher Markt. 1062*

Gardinen. Künstlergarnitur Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 152K*

Sealmäntel, Gelegenheiten. Modernste Formen, beste Felle, Maulwurfmäntel, Pelzjacken, Herrenpelze, Silberfüchse, Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Weißfüchse. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Str. 16, beim Alexanderplatz. 140K

Bettwäsche enorm billig. Ausverkauf Restbestände. Garnitur 120.—. Inletts, Wäschestoffe, Handtücher Engrospreise. Wäschefabrik Gräfestraße neunundvierzig (Hasenheide), geöffnet bis 7. 194K*

Schuhwaren. Herren- und Damenstiefel 120,00, 145,00, 175,00. Kochstraße 18, 1. Etage, Hernstadt. 1532b

Gaskrone, Kredenz, Sessel, Manteuffelstraße 8, II, Eichhorst. 2754b

Gaskronen, Gaszuglampen, Wandarme, Gaskocher, Eisenöfen zu nahezu spottbillig. Schroeder, Hochstr. 38. 110K*

Prima Anzugstoff, 140 Zentimeter breit, zu 58 M. das Meter, 3-, 4- und 5-Meter-Kupons gegen Nachnahme. S. Weiß & Co., Berlin C., Neue Friedrichstr. 87. 1080b

Möbel

Möbel-Cohn im Osten: Gr. Frankfurterstraße 58 (fünf Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47-48 (fünf Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen), liefert gegen Bar- und Teilzahlung bei kleinster An- und Abzahlung, ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Lieferung frei Haus. Liefere auch auswärts. 153K*

Bunte Küchen 375,—. Möbel aller Art Kredit an alle. Liefere auch auswärts. Möbel-Groß, Gr. Frankfurterstr. 141, Jannowitzbrückenstr. 3. *

Otto Lüdekes Möbelspeicher, Möckernstraße 25, stehen verschiedene Zimmer, Küchen, Einzel-Möbel, neu und gebraucht, zum spottbilligen Verkauf. 1930*

Prächtige, gebrauchte Speisezimmer in gediegenster Friedensarbeit, außerordentlich preiswert. Lombardhaus, Alte Jakobstraße 93. 1922b*

Möbelfabrik Siebeln, Gneisenaustraße 93/94, empfiehlt seine prachtvollen Schlafzimmer, Speisezimmer und Küchen zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Nähe des Halleschen Tores. Lützow 257 1088

Sie brauchen bloß eine Anzeige im Arbeitsmarkt des „Vorwärts" aufzugeben, um tüchtige Arbeitskräfte jeden Berufs sofort zu erhalten

Möbelangebot. Große Auswahl zu bedeutend herabgesetzten Preisen gegen Kasse sowie auf Wunsch bei kleiner An- und Abzahlung. Roth, Elsasserstraße 44, Oranienburger Tor. *

Möbel. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke. Preise bedeutend herabgesetzt, auf Wunsch Zahlungserleichterung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 150K*

Chaiselongues. Gelegenheit. Privatleute Fabrikpreise. Ackerstraße 124. 41/12

Metallbetten. Auflegematratzen, Patentmatratzen 100.—. Walter, Stargarderstraße 18. *

Ausnahmeangebot: Schlafzimmer, Eiche, solideste Verarbeitung, komplett mit Patent- und Auflage-Matratzen, 4975.—, 5975.—, 6475.—. Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstraße 27, Bureauhaus Börse. 112b*

Metallbetten 250,—, Chaiselongues 150,—, weiße Schlafzimmer. Meicke, Auguststraße 82a, Quergebäude. *

Möbel! Schlafzimmer, Küchen! Teilzahlung. Hornack, Tischlermeister, Rannestr. 51.

Musikinstrumente

Rabenstein. Pianos, Flügel, Harmoniums, Gelegenheitskauf, Stimmungen, Reparaturen, Münzstraße 10. 130K*

Pianos. Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 108K

Pianos, Flügel, Harmoniums, neu und wenig gebraucht, Friedensware, Gelegenheitskäufe, günstige Zahlweise. Franz Ferd. Seydel, Spandauerstr. 18. *

Piano zu verkaufen. Aberger, Capriviastraße 5. 18

Sterling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 75K*

Kaufgesuche

Platin, über Tagespreis. Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29, I. rechts.

Pianos, gebrauchte, gegen Preisangabe kauft Becker, Andreasstraße 47 II, Königstadt 5840. 131K*

Pistolen, Mauser, Walter usw. kauft Kirstein, Linienstraße 50. 111K

Pfandscheine, Wäsche, Wertsachen beleiht, kauft Wichmann, Müllerstr. 134a (Seestraße).

Piano dringend gesucht. Herbster, Göbenstr. 20. Neukölln 3609, [illegible]

Schreiben Sie nur, Altpapier zu verkaufen. Postkarte. Zahle anerkannt höchste Preise. Altpapierverwertung Neuenburgerstraße 8. 1011b*

Spiralbohrer, Metalle kauft laufend Hiepler, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 7, desgleichen Hoff, Neanderstraße 27, Hof I, von 5–8. 1910b*

Kotoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 168. 145K*

Grammophonplatten, alte und zerbrochene, kauft jedes Quantum, Kilo 12 Mark, auf Wunsch Abholung. Fahrgeldvergütung. Weymann, Kanzowstraße 8. 41/7*

Schallplatten, kaufe wieder abgespielte, auch Bruch, jedes Quantum 12 Mark Kilo. John, Großbeerenstraße 6 Laden. *

Grammophonplatten, abgespielte, auch zerbrochene, Kilo 12 Mark, kauft Ringewald, Schreinerstraße 57, Hof rechts, ab 1 Uhr. Hole auch ab.

Höchste Preise Spiralbohrer, Schmirgelleinen zahlt Schönberg, Wallnertheaterstraße 22, Jannowitzbrücke. 1901b*

Schreibmaschine zu kaufen gesucht. Agentur O 17, Prenzlauerstraße 20. 41/15

Spiral-Bohrer, zylindrisch, konisch, nur neue, kauft Agentur O 17, Prenzlauerstraße 20.

Glühstrumpfasche kauft Villmel, Elsasserstraße 25a, I. *

Geschäftsankäufe.

Innerhalb vier Tagen ist Ihr Geschäft verkauft, vorschußlos. Sofort anrufen Moabit 1874, Schweizer Oertel, Essenerstr. 19.

Haben Sie Ihr Geschäft noch keinem Makler übergeben? Warum nicht? Es gibt auch reelle Maklerfirmen! Wenden Sie sich vertrauensvoll an Heros, Oranienburgerstraße 12. Kein Vorschuß! Keine Klausel!*

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben) Tages-, Abendkurse: Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 389.

Binkowski's Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 83. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt E. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

November beginnt Lehrgang, Kurzschrift, Maschinenschreiben. Kaufmännische Privatschulen Ludwig Rösner, Inhaber Ernst Rösner, Neue Promenade 3 (Börsebahnhof), Seydelstraße 1 (Spittelmarkt). *

Kino-Vorführer-Ausbildung beginnt. Kanbyda, Friedrichstraße 21. 2785b

Tanzunterricht Karl Friedrich, Michaelkirchstr. 39. Anfängerkurse, Modetanzkurse, Einzelunterricht. 85/10*

Klavierkursus. Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 12,00. Klavierüben frei. Musikakademie, Oranienstraße 63.

Verschiedenes

Kostenlose Rechtsberatung! Billige Prozeßführung, Verteidigung, Ermittlungen! Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). *

Vertrauensvolle Untersuchungen, Arzt zur Stelle, Hebamme Hildesheim, Lothringerstraße 94/95. 116K*

Erfinder. Patentbureau Packscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7600. 75K*

Möbeltransport. Spezialgeschäft. Berlin — auswärts. Garantie. Stein, Berlin, Diedenhofenerstraße 6, Humboldt 5683. *

Nehme die Beleidigung gegen Frau Tiehl zurück. Siegmund.

Die Beleidigung gegen Herrn Alfons Dreves, Lichtenberg, Herzbergerstraße 76, nehme ich zurück. Fr. Wolschinski, Gärtnerstraße 20 119

Vertrauensvolle Auskunft, erfahrene Hebamme. Preiß, Brunnenstraße 76. 119*

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in Lessens schönem „Wanderbuch" (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 3.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Suche tüchtigen Eisendreher. Nagel, Oranienstraße 22. 1914b

Milchwalzer (Gummi) gesucht. Meldung bei Gollert-Reifen-Gesellschaft, Romanes-, Gartenstraße 2/14. 1932b

Herren und Damen, welche im Besitze eines Wandergewerbescheines sind und Landkundschaft mit Anzugstoffen und Textilwaren aller Art besuchen, wollen sich melden bei S. Weiß & Co., Neue Friedrichstr. 87. 1085b